

Stadt Miesbach



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, den 21.10.2021 17:00 – 20:55 Uhr

Anwesende Gremiumsmitglieder:

Vorsitzender

1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller

Stadträte

Stadtrat Markus Baumgartner
Stadträtin Aline Brunner
Stadtrat Manfred Burger
Stadtrat Paul Fertl
Stadträtin Malin Friese
Stadtrat Stefan Griesbeck
Stadträtin Astrid Güldner
Stadträtin Inge Jooß
Stadtrat Michael Lechner
Stadtrat Alfred Mittermaier
Stadtrat Christian Mittermaier
Stadtrat Florian Perkmann
Stadtrat Erhard Pohl
Stadtrat Andreas Reischl
Stadträtin Verena Schlier
Stadtrat Markus Seemüller
Stadträtin Petra Six
Stadträtin Marie-Christine van Walbeek

(Zugang bei Top 1.3)

(Zugang bei Top 2)

Es fehlte entschuldigt:

Stadtrat Alois Fuchs
Stadtrat Florian Hupfauer
Stadtrat Andreas Lechner
Stadtrat Franz Mayer
Stadtrat Florian Ruml
Stadträtin Hedwig Schmid

Es fehlte unentschuldigt:

Schriftführer:

Führer Gerhard

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bekanntgaben
 - 1.1. Bekanntgabe - Tischvorlage "Miesbacher Stadtnachrichten"; erstmals aus recyceltem Papier
 - 1.2. Bekanntgabe - Jugendbürgerversammlung 2021; Terminverschiebung
 - 1.3. Bekanntgabe - Museumsdepot in Miesbach
 - 1.4. Bekanntgabe - Initiative des Deutschen Städtetags zur Änderung der Rahmenbedingungen zur Möglichkeit der flexibleren Anordnung von Tempo 30 in den Kommunen
 - 1.5. Bekanntgabe - Ersatzneubau Eishallenbrücke
 - 1.6. Bekanntgabe - Freibad Miesbach
 - 1.7. Bekanntgabe - Maibaum am Miesbacher Marktplatz muss entfernt werden
 - 1.8. Bekanntgabe - Ausgaben im Zuge der Corona Pandemie
2. Fortschreibung der Kinderbetreuungsstudie aus dem Jahr 2019 - Vorstellung des Ergebnisses durch die Firma MUC Consulting
3. Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 24 (Benefiziatenhaus) in einen Kinderhort inkl. Brandschutzertüchtigung; Umfang der Sanierungsarbeiten
-weiteres Vorgehen
4. Neugestaltung der Riviera;
Vorstellung der Planung; Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur weiteren Planung;
-weiteres Vorgehen
5. Ersatzneubau Schopfgrabenbrücke
-Vorstellung der Planung; Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur weiteren Planung, Ausschreibung und Vergabe
6. Neufestsetzung der Abwassergebühren ab dem 01.01.2022;
2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Fäkalschlammentsorgungssatzung vom 22.11.2013, geändert vom 16.11.2017
7. Erlass einer Außenbereichssatzung für die Bebauung an der Bergfeldstraße zur Erleichterung von Vorhaben zu Wohnzwecken;
-weiteres Vorgehen, Abwägung, Satzungsbeschluss-
8. Nachpflanzung von Bäumen im Waitzinger Park;
-weiteres Vorgehen
9. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates
10. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
 - 10.1. Unvorhergesehenes - Denkmalschutzmedaille
 - 10.2. Unvorhergesehenes - Beleuchtung

- 10.3. Unvorhergesehenes - Pilotprojekt Zone 30
- 10.4. Unvorhergesehenes - Bürgerliches Engagement
- 10.5. Unvorhergesehenes - Gotzinger Trommel
- 10.6. Unvorhergesehenes - Skaterpark
- 10.7. Unvorhergesehenes - Baumbestattungen
- 10.8. Unvorhergesehenes - Wasserversorgung Müller am Baum

1. Bekanntgaben

Der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Bestehen Einwände gegen die Tagesordnung? Dies ist nicht der Fall.

Die Stadtratsmitglieder Franz Mayer, Hedwig Schmid, Andreas Lechner, Florian Ruml, Alois Fuchs und Florian Hupfauer sind für die heutige Sitzung entschuldigt.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 16.09.2021 wurde im Ratsinformationssystem (RIS) unter Allgemeine Informationen am 07.10.2021 bereitgestellt bzw. per E-Mail übersandt. Sollte diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung als genehmigt.

Das Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung vom 16.09.2021 kann während der Sitzung eingesehen werden. Sollte auch diesem Protokoll nicht widersprochen werden, gilt es im Sinne der Gemeindeordnung ebenfalls als genehmigt.

Der Zutritt zur Stadtratssitzung erfolgt aufgrund der Ausübung des Hausrechts durch den Ersten Bürgermeister, nur mit Nachweis (geimpft, genesen oder getestet). Schnelltests stehen weiterhin zu Beginn der Sitzung im Eingangsfoyer zur Verfügung. Weiterhin gilt die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske (OP-Maske) bis zum Sitzplatz.

Nach 90 Minuten ist eine Lüftungspause einzulegen, wenn bis dahin die Sitzung nicht beendet ist. Die Ein- und Ausgänge sind separiert.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl, Jooß

1.1. Bekanntgabe - Tischvorlage "Miesbacher Stadtnachrichten"; erstmals aus recyceltem Papier

Den Stadträten*innen liegen erstmals die „Miesbacher Stadtnachrichten“, hergestellt aus recyceltem Papier, als Tischvorlage vor.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl, Jooß

1.2. Bekanntgabe - Jugendbürgerversammlung 2021; Terminverschiebung

Die Jugendbürgerversammlung 2021, findet nicht wie in der Stadtratssitzung am 16.09.2021 bekanntgegeben am 16.11.2021 statt, sondern am

19. November 2021, ab 18:00 Uhr im Haindlkeller in Miesbach.

Weiterhin wird bekanntgegeben, dass in dieser Jugendbürgerversammlung am 19.11.2021, über die gesammelten Vorschläge aus dem Stadtrat hinsichtlich Standorte von Jugendfreizeitstätten in Miesbach diskutiert wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl, Jooß

1.3. Bekanntgabe - Museumsdepot in Miesbach

Es wurden Vorschläge zu alternativen Standorten aus den Fraktionen, gem. Stadtratsbeschluss vom 29. Juli 2021, gesammelt.

Als Standortalternativen zur Basisvariante Feuerwehrhaus, die bereits untersucht wurde, sollen geprüft werden:

- Waitzinger Keller (Eigentümer: Stadt Miesbach)
- Altes Krankenhaus (Eigentümer: Stadt Miesbach)
- Gersthaus (Eigentümer: Landkreis Miesbach)
- Neubau (standortunabhängig)

Darüber hinaus wird die Landesstelle für die Nichtstaatlichen Museen als die zuständige Fachstelle um ihre Stellungnahme gebeten.

Mit E-Mail vom 19.10.2021 wurde die Stadt Miesbach vom Architekturbüro Oerter und Katikarids-Hofstetter informiert, dass eine Vorstellung der Ergebnisse zur Untersuchung der Alternativstandorte für das Museumsdepot in der Stadtratssitzung am 16.12.2021 erfolgt.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

1.4. Bekanntgabe - Initiative des Deutschen Städtetags zur Änderung der Rahmenbedingungen zur Möglichkeit der flexibleren Anordnung von Tempo 30 in den Kommunen

Der Referent für Verkehr und Tiefbau beim Deutschen Städtetag hat der Stadt Miesbach auf Anfrage mitgeteilt, dass es Überlegungen zu einem Pilotprojekt zum Thema flexiblere Anordnung von Tempo 30 für kleinere Kommunen nicht gibt. Ausschlaggebend ist, dass, wie in der Sitzung am 29.07.2021 von der Verwaltung dargestellt, aufgrund der geringeren tatsächlich gefahrenen Geschwindigkeiten, des kleineren Straßennetzes und vor allem der viel geringeren Entfernungen im Stadtgebiet Auswirkungen beispielsweise auf die Leistungsfähigkeit des ÖPNV gar nicht untersucht werden können. Ob es überhaupt zu einem entsprechenden Modellprojekt kommen wird, hängt von einem künftigen Koalitionsvertrag ab.

Unabhängig davon ist die Stadt Miesbach aufgrund der Diskussionen im Stadtrat der Initiative des Deutschen Städtetags zur Änderung der straßenverkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen zur Ermöglichung einer flexibleren Anordnung von Tempo 30 als verkehrlich, sozial, ökologisch und baukulturell angemessene Höchstgeschwindigkeit für die Kommunen beigetreten und unterstützt die in diesem Zusammenhang abgegebene Erklärung des Städtetags. Der Beitritt ist ohne Verpflichtungen.

Infos unter:

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2021/staedteinitiative-tempo-30-kurzpapier-2021.pdf>

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

1.5. Bekanntgabe - Ersatzneubau Eishallenbrücke

Ab 10.08.2021 wurden die Baumaßnahmen zum Ersatzneubau ausgeschrieben. Zur Submission am 15.09.2021 lagen keine wirtschaftlichen Angebote vor. In Folge dessen wurde das Vergabeverfahren aufgehoben.

Ab November 2021 wird die Maßnahme neu ausgeschrieben. Somit verzögert sich die Ausführung bis ca. Juni 2022.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

1.6. Bekanntgabe - Freibad Miesbach

Am Montag, den 18.10.2021 fand eine Ortsbegehung im Freibad Miesbach mit der Regierung von Oberbayern statt. Dabei wurde von Seiten der Stadt der geplante Umfang des Umbaus vor Ort dargelegt. Die Regierung teilte dabei mit, dass das Vorhaben grundsätzlich förderfähig ist. Allerdings können nicht alle Maßnahmen gefördert werden. Die genaue Berechnung der förderfähigen Kosten wird derzeit durchgeführt. Sobald diese feststehen, kann der genaue Förderbetrag festgestellt werden.

Der Fördersatz wurde bereits auf 30 % der förderfähigen Kosten festgesetzt

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

1.7. Bekanntgabe - Maibaum am Miesbacher Marktplatz muss entfernt werden

Wie in der Stadtratssitzung am 29.07.2021 bekanntgegeben, wird nun der Maibaum am Miesbacher Marktplatz am Mittwoch, den 27. Oktober 2021, entfernt.

Grund dafür sind die starken Beschädigungen im oberen Drittel des Maibaums.

Die weitere Verwendung des Maibaums wird in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

1.8. Bekanntgabe - Ausgaben im Zuge der Corona Pandemie

In der Sitzung am 15.10.2020 wurde dem Stadtrat mitgeteilt, dass die Ausgaben im Zuge der Corona-Pandemie insgesamt 101.368,25 € betragen. Mit Stand vom 19.10.2021 haben sich die Kosten auf nunmehr **178.736,55 €** erhöht.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Reischl

2. Fortschreibung der Kinderbetreuungsstudie aus dem Jahr 2019 - Vorstellung des Ergebnisses durch die Firma MUC Consulting

In der Stadtratssitzung am 22.04.2021 stimmte der Stadtrat der Fortschreibung der Kinderbetreuungsstudie aus dem Jahr 2019 durch die Firma MUC Consulting zu. Die beauftragte Betreuungsstudie ist nun fertiggestellt. Herr Hobelsberger und Herr Mahlert von der Firma MUC Consulting stellt das Ergebnis dem Stadtrat in der heutigen Sitzung vor.

Allgemein

In 2020/21 gibt es 600 Betreuungsplätze und 605 Kinder, die in Miesbacher Einrichtungen betreut werden. Hinzugekommen ist die Kinderkrippe „Klosterwichtel“, deren Plätze (09/2021) mit 30 Kindern belegt sind. Ebenso neu ist die Waldkindergarten-Gruppe, die der Kita „St. Laurentius“ in Parsberg zugeschlüsselt wurde und mit bis zu 18 Regelkindergartenkindern belegt werden kann.

Kindergarten

Unter Berücksichtigung der maximal genehmigten Plätze gibt es rein rechnerisch nach BayKiBiG in Summe keinen freien Platz. Zu den genehmigten Plätzen zählen neben den 18 neuen Waldkindergarten-Plätzen, die sogenannten „Reserveplätze“. Hierbei handelt es sich um zusätzlich genehmigte Kinder (nicht Plätze), die bei Vollausbuchung der jeweiligen Einrichtung für mind. 3 Monate bis zu einem Jahr genutzt werden können. So sind das in der Kita Straß 3 Kinder, in der Kita „St. Laurentius“ 3 Kinder in den gebäudegebundenen Gruppen (nicht für den WaldKiGa) und 3 Kinder in der Kita Montessori.

Kinderkrippe / Kleinkindgruppen

Laut Demografie gibt es 219 potentielle KiKr-Kinder. Die Kinder-Krippen sind ausgebucht. In 2020 wurden 117 unter 3-jährige Kinder in den Kinderkrippen und Kindergärten (Kleinkindgruppen und Spielgruppen) betreut und haben sich die 132 Betreuungsplätze geteilt. In 2018 waren es 107 Kinder, die sich 96 Betreuungsplätze geteilt haben. Die neuen KiKr-Plätze wurden überwiegend mit der KiKr „Klosterwichtel“ geschaffen, in der bereits im CORONA-Jahr 2020 14 Kinder betreut wurden. Mittlerweile (09/2021) besuchen 30 Kinder die neue Krippe, also in Summe 133 KiKr-Kinder.

Hort / Mittagsbetreuung

Im Hort und der Mittagsbetreuung gibt es derzeit 25 Plätze bzw. 100 Plätze die sich derzeit insgesamt 140 Kinder teilen. Laut Demographie gibt es in 2021 insgesamt 431 potentielle Mittags- bzw. Hortbetreuungs-fähige Kinder.

In den letzten Jahren konnten demnach rd. 34 % der potentiellen Mittags- bzw. Hortbetreuungs-fähigen Kinder in der Stadt Miesbach betreut werden. Der Trend in vergleichbaren Gemeinden liegt bei 35-40% der potentiellen Mittags- / bzw. Hortbetreuungskinder, in Miesbach demnach rd. 150 bis 170 Kinder in 2023.

Am Ende der Präsentation zog die MUC Consulting folgendes Fazit:

- ***KiKr-Plätze, mit den zusätzlich geschaffenen Angeboten für Betreuungen von Kindern, die jünger als 3 Jahre sind, ist der Bedarf bis 2023 gedeckt.***
- ***KiGa, wenn alle Miesbacher KiGa Kinder in Miesbacher Kindereinrichtungen betreut werden sollen, ist das Angebot derzeit ausreichend.***
- ***Hort /- Mittagsbetreuung, es ist davon auszugehen, dass auch in den nächsten Jahren der Bedarf an nachschulischer Betreuung steigen wird. Der Trend in vergleichbaren Gemeinden liegt bei 35-40% der potentiellen Mittags- / bzw. Hortbetreuungskinder, in Miesbach demnach rd. 150 bis 170 Kinder in 2023. Diese Zahl wurde auch in der letzten Analyse aus 2019 prognostiziert. CORONA-Pandemie bedingt wird abzuwarten sein, inwieweit und wann die Betreuungsbedarfe in der nachschulischen Betreuung weiter zunehmen werden.***

Nach der Vorstellung des Ergebnisses zeigte der 1. Bürgermeister anhand einer Folie auf, welche Änderungen sich in der Kinderbetreuung in den nächsten Jahren ergeben werden. Dabei kann festgehalten werden, dass durch das neue Kinderhaus im ehem. Kloster und dem neuen Haus für Kinder in der Kolpingstraße insgesamt 70 neue Kinderbetreuungsplätze gewonnen werden können. Des Weiteren hat die Stadt Miesbach, mit den dann leerstehenden Containern an der Waitzinger Wiese einen Puffer von 36 Krippenplätzen oder 75 Kindergärten- / Hortplätzen.

Danach folgte eine Diskussion im Stadtrat. Dabei wurden die Fragen des Stadtrates von Herrn Hobelsberger und Herrn Mahlert von der Firma MUC Consulting umgehend beantwortet.

Der Stadtrat war sich in der Diskussion einig, dass die große Lücke an Betreuungsplätzen in den letzten Jahren geschlossen wurde, allerdings darf man jetzt nicht aufhören, weitere Plätze zu schaffen. Vor allem mit den geplanten Baugebieten werden in Zukunft mehr Plätze in allen Altersgruppen benötigt

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 18 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs, Pohl

3. Umnutzung Gebäude Kolpingstraße 24 (Benefiziatenhaus) in einen Kinderhort inkl. Brandschutzertüchtigung; Umfang der Sanierungsarbeiten -weiteres Vorgehen

Die Stadt Miesbach hat das Gebäude mit Erbbauvertrag vom 21.04.2020 übernommen und möchte das Gebäude Benefiziatenhaus in der Kolpingstraße 24 für die Nutzung eines Kinderhauses (Hortgruppen und Kindergarten) umbauen.

In der Sitzung am 29.07.2021 beschloss der Stadtrat die Architekten- und Fachplanungsleistungen für das oben beschriebene Projekt auszuschreiben und an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu vergeben. Die beauftragten Planer haben die Arbeiten aufgenommen und festgestellt, dass es sinnvoll wäre das leerstehende Dachgeschoss in diesem Zuge mit auszubauen.

Die Vorplanung und der Kostenrahmen für zwei Sanierungsvarianten werden vom Architekturbüro Mahr in der Sitzung vorgestellt.

Die Vorstellung der Ausführungsplanung mit Kostenberechnung ist im Januar 2022 geplant.

Ausschreibung / Baubeginn ist April / Mai 2022 angedacht.

Die Baufertigstellung ist für Mai 2023 geplant.

Fördermöglichkeiten gibt es im Rahmen des Art. 10 des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes (BayFAG). Gefördert werden dabei die zuwendungsfähigen Ausgaben für Investitionen (Neubau-, Ausbau-, Umbau-, General- und Teilsanierungsinvestitionen) zur Schaffung zusätzlicher (d.h. neu geschaffene) Betreuungsplätze im Bereich Kindergärten, Horte und Häuser für Kinder. Demnach wird der Ausbau des 1. OG und des Dachgeschosses gefördert, da diese Plätze dann neu geschaffen werden. Für den Umbau des bereits bestehenden EG gibt es keine Förderung. Der Fördersatz-Orientierungswert für Kommunen beträgt ca. 50% für die Anrechenbaren Kosten.

In der Sitzung wurde die Vorplanung und der Kostenrahmen für die zwei Sanierungsvarianten vom Architekturbüro Mahr vorgestellt, welche der Stadtrat positiv zur Kenntnis nahm. Einige Fragen wie z.B. Fördermittel, Aufzug und Heizungsversorgung wurden im Anschluss von Hr. Mahr dem Stadtrat ausführlich erklärt. Nach der Vorstellung waren sich alle Stadträte einig, dass man in diesem Zuge der Sanierung das Dachgeschoss (Sanierungsvariante 2) unbedingt für eine dritte Gruppe mitausbauen sollte.

Es wurde sich darauf geeinigt, dass nur Beschlussvorschlag 2 abgestimmt wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zur Durchführung der Sanierungsvariante 2. (KG, EG, 1.OG, DG, und Außenanlagen).

Das Zuschussverfahren ist einzuleiten.

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die weiteren Planungsleistungen zu beauftragen und nach Ausschreibung die Bauleistungen an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu vergeben.

Die Gesamtkosten sind im Haushalt 2022 und 2023 einzustellen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

4. Neugestaltung der Riviera;
Vorstellung der Planung; Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur weiteren
Planung;
-weiteres Vorgehen

In der Stadtratssitzung vom 18.03.2021 wurde die Bürgerbeteiligung und alle Ausstattungen für die Riviera dargestellt. Nach Vorstellung der neuen Planung kam man zu folgenden Einigungen:

- Anschaffung Spielgeräte aus Spenden
- Einbindung der Behindertenbeauftragten
- Abklärung Leaderförderprogramm
- Wunsch auf einen Wasserspielplatz

Bisherige Aktivitäten zur Riviera seit der Stadtratssitzung am 18.03.2021:

- Veröffentlichung des „Zeitstrahl“ zur Riviera
- 25.05.2021 Digitale Informationsveranstaltung für die Bürger.
- Stellungnahme von der Unteren Naturschutzbehörde LRA Miesbach eingeholt.
- 30.06.2021 Sitzung des Arbeitskreises Riviera mit anschließender Einarbeitung der Vorschläge in die Planung und Darstellung der Kosten. Folgende Vorschläge wurden dabei eingearbeitet, Wasserspiel, Trinkwasserbrunnen, Pollerleuchten, mögliche Einsparungen und der barrierefreie Zugang zur Riviera.
- Antragstellung Leader-Förderung.
- 30.09.2021 Sitzung des Arbeitskreises Riviera, mit anschließender Einarbeitung der Vorschläge in die Planung und Ausarbeitung des gewünschten Endkonzeptes der AK-Mitglieder. Hierbei wurde der Planstand mit Wasserspielbereich gezeigt einem flachen Zugang zur Riviera und einem kleineren Fitness-Bereich. Der Arbeitskreis sprach sich für einen asphaltierten Zugangsweg und reduzierter Pollerleuchten anstelle von kostengünstigeren Laternen aus.

Das Planungsbüro „Frei Raum“ stellt dem Stadtrat den Stand der Planungen die im Arbeitskreis erarbeitet wurde vor. Des Weiteren informiert Frau Niggel vom Planungsbüro den Stadtrat über die geschätzten Kosten zu den Einzelbereichen. Die Gesamtkosten belaufen sich derzeit auf 612.850,00 € brutto. Die zu erwartende Fördersumme in Höhe von 50 % oder maximal 200.000,00 € brutto sind derzeit noch nicht bestätigt.

Im Frühjahr 2022 wird der Arbeitskreis über die Fortschritte informiert.

Frau Niggel vom Planungsbüro Frei Raum stellte die Planung aus den letzten Arbeitskreissitzung und die daraus resultierenden Wünsche zur Parkanlage Riviera vor.

Stadtratsmitglied Lechner es wurde heute eine optimale und umfangreiche Planung vorgestellt. Übt aber starke Kritik an der vorgehensweis und den überzogenen Kosten die seiner Meinung nach durch ein Übermaß an Planungen entstanden sind. Er lobte Frau Niggel und möchte nicht den Eindruck entstehen lassen das es gegen Sie persönlich ginge. Er als Anlagenreferent hat mit Ingrid Pongratz und Bauhofleiter Fischer eine kostengünstige und ausreichende Lösung für die Riviera gehabt.

Der 1. Bürgermeister hat sich ausdrücklich zur Bürgerbeteiligung bekannt und sich diese auch so gewünscht. Er betont auch die Riviera ist ein besonderer Platz und muss einen besonderen Spielplatz bekommen. Außerdem erachtet er die Planung, durch das Planungsbüro als richtig und nicht überzogen.

Auch Stadtratsmitglied Seemüller findet eine Bürgerbeteiligung sehr wichtig, möchte aber auf die Nachfolgekoste aufmerksam machen, die das Wasserspiel durch Wasserverbrauch und Stromverbrauch der Leuchtmittel verursachen würden. Er ist für eine Neugestaltung aber Maßvoll und spricht sich für einen Barrierefreie Zugang aus. Die Freien Wähler bringen einen neuen Beschlussvorschlag mit ein „Die Riviera wird vernünftig und maßvoll gestaltet. Hierbei sind die Spielgeräte zu bauen und Bepflanzungen vorzunehmen. Die Wege sind senioren- und behindertengerecht zu ertüchtigen“.

Stadträtin Güldner bedankt sich für die Planungen und bei den Spendern. Ein gutes Projekt für Miesbach, das durch diversen Arbeitskreissitzungen bereits abgespeckt ist. Die Planung hat auch für jugendliche was zu bieten. Der hinzukommende Trinkbrunnen ist eine Bereicherung und hat einen ökologischen Effekt, weniger Plastikflaschen als Müll. Die geplanten Wege aus Asphalt dagegen, gefallen Ihr nicht besonders, diese sollten als wassergebundene Wegdecken (Mineralbeton) ausgebaut werden. Mit dem Namen Rivera verbindet man automatisch Wasser, eine Ufergestaltung mit Steinen, Pflanzungen und einem Steg gehören hier dazu. Die Grünen bringen einen Zusatz zum Beschlussvorschlag über einen Holzsteg, zum Weiher ein.

Stadtratsmitglied Pohl wollte zum Wasserspiel wissen ob der Wasserlauf permanent läuft, oder auf druck funktioniert. Frau Niggli hierzu „das Wasserspiel verbraucht nur Wasser bei Betätigung der Auslaufvorrichtung“. Stadtratsmitglied Pohl meint die Freien Wählern haben sich in den Arbeitskreis nicht eingebracht und hinterher nur Kritik anbringen ist nicht angebracht. Ein besonderer Platz wie die Riviera rechtfertigt auch eine große Maßnahme, führte Pohl an.

Für Stadtratsmitglied Fertl soll die Riviera wieder eine Erholungs- und Freizeit-Stätte werden, doch es wird über sehr viel Geld gesprochen. Die Leaderförderung muss Voraussetzung zur Umsetzung sein. Auch die Jugendlichen hätte man noch mehr einbeziehen müssen. Für die Jugendlichen sollte noch ein Fußballtor in der Freifläche aufgestellt werden. Beim Asphalt und der Beleuchtung könne noch einsparpotential sein und auf Bewegungsmelder sollte ganz verzichtet werden.

Jetzt erst einen Antrag bringen der auch noch schwammig Formuliert ist, findet Alfred Mittermeier nicht gut. Was bedeutet „Maßvoll“, die Freien Wähler sollen sagen was Sie streichen wollen.

Auf Asphalt komplett verzichten möchte Stadtrat Burger, aber trotzdem die Wege behindertengerecht ausbauen. Warum ist trotz Einsparung bei der Beleuchtung, die Summe immer noch so hoch und nicht deutlich günstiger geworden. Dies konnte Frau Niggli mit den Kosten der Stromleitung beantworten, das ist der große Anteil bei den Kosten zur Beleuchtung. Laut Burger würde einen größeren Bogen, beim Barrierefreierzugang, mehr Platz zum Spielen für die Jugendlichen bringen. Seiner Meinung nach braucht es keinen alternativen Beschlussvorschlag.

Für Stadtratsmitglied Seemüller bestehen unterschiedliche Auffassungen zur Teamarbeit. Für das Wasserspiel konnte er die Kosten nicht herausfinde und hält dieses evtl. auch für zu hoch. Mit Bürgerbeteiligungen haben die Freien Wähler Erfahrung und diese auch eingefordert.

Stadtratsmitglied Lechner möchte klarstellen, der Vorschlag von Pongratz, Fischer und Ihm war maßvoll. Der jetzige Vorschlag ist zu überfrachtet und auf das Wasserspiel gehört verzichtet. Er vermisst die Realität zur Finanzsituation der Stadt Miesbach und würde einen Deckel von 400.000,00 € vorschlagen.

Licht schafft Sicherheit und ist bei einer Wegachse zur Innenstadt besonders wichtig und darauf möchte Stadtratsmitglied Perkmann auf keinen Fall verzichten und stellt die Frage wie es weitergeht, wenn die Leaderförderung ausfällt. Dazu der 1. Bürgermeister: Der Beschluss lautet vorbehaltlich der Leaderförderung und es finden dann nur Pflanzungen statt.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stimmt der vorgestellten Planung zur Neugestaltung der Riviera zu. Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, das Planungsbüro „Frei Raum“ mit der weiteren Planung zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 15 / 4

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

Beschluss 2:

Dabei soll auch die Möglichkeit einer Holzplattform am Ufer des Weihers zu errichten geprüft werden

Abstimmungsergebnis: 14 / 5

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

Beschluss 3:

Vorbehaltlich der Zusage zur Leaderförderung und der Sicherung aller bestehenden Zugänge zur Riviera, wird der 1. Bürgermeister ermächtigt die Bauleistungen an die wirtschaftlichsten günstigsten Bieter zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: 16 / 3

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

5. **Ersatzneubau Schopfgrabenbrücke**
-Vorstellung der Planung; Ermächtigung des 1. Bürgermeisters zur weiteren Planung, Ausschreibung und Vergabe

Mit Stadtratsbeschluss vom 15.10.2020 wurde die Verwaltung mit der planerischen Umsetzung für den Ersatzneubau der Schopfgrabenbrücke beauftragt. Seit 04.10.2021 liegt die Entwurfsplanung vor und wird im Anschluss an der nachfolgenden Übersicht dem Stadtrat vom beauftragten Ingenieurbüro ilp² vorgestellt.

Zeitlicher Ablauf Ausschreibung und Bauausführung:

- November 2021 bis Januar 2022
Ausschreibung im Rahmen eines öffentlich nationalen Vergabeverfahrens.
- Mitte Januar 2022
Submission.
- Ende März 2022
Beginn Bauarbeiten u.a. mit Baustelleneinrichtung, Errichtung der Fußgängerbehelfsbrücke und Umlegung der Sparten.
- Ende April 2022
Abbruch Brückenüberbau. Spätestens ab diesen Zeitpunkt wird der gesamte Fahrzeugverkehr über den Ortsteil „Untere Wies“ umgeleitet.

- 11.05.2022 bis 01.08.2022
Herstellung Unterbau u. ä.
- 25.07.2022 bis 21.09.2022
Herstellung Brückenüberbau.
- 21.09.2022 bis 12.10.2022
Straßenbau und Rückbau Behelfsbrücke.
- 12.10.2022
Freigabe für Verkehr.

Gesamtkosten Brücken und Straßenbau

- Kostenberechnung vom 04.10.2021 ca. 1.100.000,00 €
- Unvorhergesehenes (baubegleitende Kampfmitteluntersuchung u. ä.) ca. 110.000,00 €
- Gesamtkosten inkl. Planung ca. 1.210.000,00 €
- Zu erwartende Förderung ca. 40 % (Förderantrag wurde bereits gestellt).

Das Ingenieurbüro ilp² stellt nunmehr die Brückenplanung und den zeitlichen Ablauf detailliert mittels PowerPoint-Präsentation vor.

Dabei werden u.a. folgende Punkte beantwortet bzw. vorgestellt:

- Notwendigkeit eines Ersatzneubaus
- Verkehrsanlagenplanung
- Hochwassersicherheit
- Bauwerksgestaltung
- Bauablauf

Im Rahmen der ca. 10- minütigen Vorstellung des Projekts wurden die vorgenannten Punkte eingehend erläutert. Unter anderem wurde dem Gremium mitgeteilt, dass aufgrund der geplanten, gegenüber dem Bestandsbau abgeänderten Lage, der Durchfluss bis zum HQ 5 (5-jähriges Hochwasserereignis) deutlich verbessert wird.

Nach dem Vortrag wurde in der anschließenden Diskussion fraktionsübergreifend die Planung als sehr gut gelungen befunden und zur Ausführung freigegeben.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der vorgestellten Entwurfsplanung zu und gibt diese zur Ausführung frei. Die Verwaltung wird beauftragt, die Baumaßnahmen schnellstmöglich auszuschreiben.

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt:

- Die weiteren Planungsleistungen der Leistungsphasen 4-9 zu beauftragen.
- Die bei den Ausschreibungen erzielten, wirtschaftlich günstigsten Angebote zu beauftragen.
- Notwendige Grundstückverhandlungen mit den betroffenen Anwohnern zu führen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

6. **Neufestsetzung der Abwassergebühren ab dem 01.01.2022;**
2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Fäkalschlamm Entsorgungssatzung vom 22.11.2013, geändert vom 16.11.2017

Der Stadtrat hat am 14.11.2013 die Neufassung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Fäkalschlamm Entsorgung der Stadt Miesbach (BGS-EWS/FES) beschlossen.

In der Sitzung vom 16.11.2017 hat der Stadtrat die 1. Änderung der BGS-EWS/FES mit einer Neufestsetzung der Abwassergebühren zum 01.01.2018 beschlossen.

Die Gebühren wurden vom Stadtrat für den Kalkulationszeitraum von 4 Jahren (01.01.2018 bis 31.12.2021) wie folgt festgesetzt:

| | |
|----------------------------------|-----------------------------|
| Schmutzwassergebühr | 1,49 €/m³ |
| Niederschlagswassergebühr | 0,28 €/m² |

Da zum 01.01.2022 eine neue Gebührenfestsetzung fällig wird, hat die Kämmerei Anfang 2021 den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband (BKPV) mit der Durchführung einer Kalkulation (Nachkalkulation 2014 bis 2017 und Vorkalkulation 2021 bis 2025) beauftragt.

Die Kalkulation wurde dabei in enger Zusammenarbeit mit der Kämmerei, dem Tiefbauamt sowie dem Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Schlierachtal (ZAS) durchgeführt.

Nach Fertigstellung der Kalkulation haben sich folgende neue Gebühren ergeben:

| | |
|----------------------------------|-----------------------------|
| Schmutzwassergebühr | 1,80 €/m³ |
| Niederschlagswassergebühr | 0,32 €/m² |

Die Gebührenerhöhung ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die in der letzten Gebührenkalkulation eingestellten Überdeckungen aus dem Vorkalkulationszeitraum nun ausgeglichen sind.

Im Vorkalkulationszeitraum 2022 bis 2025 sind daher nur noch geringfügige Über- und Unterdeckungen anzusetzen.

Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 1 KAG soll das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken.

Vom BKPV wird der Stadt daher empfohlen, die Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren auf Basis der durchgeführten Kalkulation zum 01.01.2022 zu erhöhen.

Beschluss 1:

Der Stadtrat stimmt der Neufestsetzung der Abwassergebühren mit den nachfolgend angeführten Gebührensätzen ab dem 01.01.2022 zu.

Schmutzwassergebühr pro m³ Frischwasserbezug **1,80 €/m³**

Niederschlagswassergebühr pro m² Grundstücksfläche,
von der unmittelbar oder mittelbar in die Entwässerungs-
einrichtung Niederschlagswasser abfließen kann. **0,32 €/m²**

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

Beschluss 2:

Der Stadtrat stimmt der 2. Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung und zur Fäkalschlamm Entsorgungssatzung (BGS-EWS/FES) der Stadt Miesbach zu.

Die 2. Änderungssatzung tritt am 01.01.2022 in Kraft und liegt diesem Protokoll als Anlage bei.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

7. Erlass einer Außenbereichssatzung für die Bebauung an der Bergfeldstraße zur Erleichterung von Vorhaben zu Wohnzwecken; -weiteres Vorgehen, Abwägung, Satzungsbeschluss-

Der Stadtrat hatte in der Sitzung am 24.06.2021 den Aufstellungs- und Billigungsbeschluss für eine Außenbereichssatzung im Sinne des § 35 Abs. 6 BauGB für den Bereich der Splittersiedlung an der Bergfeldstraße zwischen Bergham und Parsberg gefasst. Auf diese Weise könnten in der Splittersiedlung im Außenbereich die Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Bebauung zweier Baulücken innerhalb der Siedlung insoweit gelockert werden, als den Vorhaben die öffentlichen Belange „Verfestigung einer Splittersiedlung“ und „Darstellungen des Flächennutzungsplanes“ nicht mehr entgeggehalten werden können.

Die Voraussetzungen für den Erlass einer Außenbereichssatzung sind:

- Bebauter Bereich im Außenbereich, aber noch kein Ortsteil
- Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden
- Nicht überwiegend landwirtschaftlich geprägt
- Mit geordneter städtebaulicher Entwicklung vereinbar
- Vorhaben führt nicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung
- Keine Beeinträchtigung von Schutzgebieten nach EU-Recht (FFH, Vogelschutz)
- Vereinbarkeit mit Landschaftsschutzgebiet ist herzustellen (Befreiung oder Herausnahme)

Ziel der Außenbereichssatzung in diesem Bereich ist es, eine maßvolle Nachverdichtung zu ermöglichen, ohne eine Ausweitung der Bebauung in den grundsätzlich freizuhaltenen reinen, unvorbelasteten Außenbereich zu ermöglichen. Mit den Grundstückseigentümern wurden Verträge zur Eigennutzung und Kostentragung des Verfahrens geschlossen.

Im Rahmen der Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung (15.07.2021 – 21.08.2021) gingen folgende Bedenken und Anregungen ein:

- **Landratsamt Miesbach -Untere Naturschutzbehörde-, 11.08.2021**

Einwendungen:

Das Vorhaben ist im Geltungsbereich der Landschaftsschutzverordnung „Schutz der Egartenlandschaft um Miesbach“ geplant. Der geplante Siedlungsbau stellt einen Verstoß gegen die Vorgaben der Landschaftsschutzgebietsverordnung dar (§ 3 Satz 1).

Möglichkeiten der Überwindung:

Befreiung nach § 67 Abs. 1 Nr. 2 BNatSchG

Die Erteilung der naturschutzrechtlichen Befreiung nach § 67 BNatSchG kommt nur für sog. Tathandlungen – wie die Errichtung von baulichen Anlagen – in Betracht, nicht aber für den Erlass von Rechtsvorschriften, so dass eine Befreiung der Bauleitplanung nicht erteilt werden kann, sondern erst mit Baugenehmigung.

Für die Ausweisung der Baufenster im Geltungsbereich der Satzung kann eine Befreiung für die als maßvolle Abrundung baulicher Entwicklung anzusehende Planung in Aussicht gestellt werden. Voraussetzung für die Befreiung ist, dass die Baufenster so verschoben werden, dass die vorhandene Eingrünung vollständig erhalten bleibt. Die Einbindung des Gebäudes auf Fl.Nr.: 152/5 in die Landschaft ist durch Baumpflanzungen in Süden und Norden zu optimieren. Gehölzbestand und Neupflanzung, sowie der Bachverlauf im Geltungsbereich der Satzung sollen im Plan dargestellt werden.

Sonstiges:

Bauvorhaben werden aus naturschutzfachlicher Sicht weiterhin als „Außenbereichsvorhaben“ beurteilt. Die Eingriffsregelung, der ökologische Ausgleich und auch die Freiflächengestaltung sind somit bei jedem einzelnen Bauantrag abzuhandeln.

Abwägung Verwaltung:

Die Ausführungen der Naturschutzbehörde sind der Stadt bekannt und vollumfänglich bewusst. Die Inaussichtstellung der Befreiung für die Errichtung der betreffenden baulichen Anlagen stellt die erforderliche Befreiungslage dar, aufgrund derer die Stadt die Möglichkeit hat, die Außenbereichssatzung ohne mit den Belangen des Landschaftsschutzgebietes in Konflikt zu geraten zu erlassen. Die geforderte Verschiebung der Baufenster zum vollständigen Erhalt der vorhandenen Eingrünung ist obsolet geworden. In Abstimmung mit der Naturschutzbehörde wird eine stark geschädigte Esche entnommen. Der Gehölzbestand und die Neupflanzungen werden in den Planteil der Satzung eingearbeitet.

• **Landratsamt Miesbach -Untere Immissionsschutzbehörde, 20.07.2021-**

Einwendungen:

Die Wohngebäude liegen recht nah an der St2010 mit einer durchschnittlichen Verkehrsdichte (DTV) von 6225 Kfz/tag. Daher werden die Beurteilungspegel, in dieser Entfernung, der DIN 18005 deutlich und die der 16. BImSchV leicht übertroffen.

Möglichkeit der Überwindung:

Die DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ ist eine bauaufsichtliche eingeführte DIN-Norm und damit bei der Bauausführung generell eigenverantwortlich durch den Bauantragsteller mit seinem zuständigen Architekten umzusetzen und zu beachten.

Sonstiges:

Als Hinweis kann auch eine Straßenabgewandte Wohnraumorientierung aufgenommen werden. z.B. „Kinder- und Schlafzimmer sollen, wegen erhöhter Lärmbelästigung durch die südlich gelegene Straße (St2010), auf der Straße abgewandten Seite geplant werden.“

Abwägung Verwaltung:

Wie bereits durch die Immissionsschutzbehörde dargestellt, ist der Schallschutz eigenverantwortlich durch den Planer des Vorhabens sicher zu stellen. Da es sich nach wie vor um Außenbereich handelt, besteht kein Anspruch auf Schallschutz im Sinne eines Wohngebietes. Eine Genehmigung wäre trotz der Außenbereichssatzung zu verweigern, wenn das Vorhaben schädlichen Umwelteinwirkungen ausgesetzt ist (§ 35 Abs. 3 BauGB).

- **Landratsamt Miesbach -Architektur/Städtebau-, 18.08.2021**

m.t. sollte noch eine max. WH + DN entsprechend der umliegenden Bebauung festgesetzt werden.

Abwägung Verwaltung:

Eine Außenbereichssatzung ist kein Bebauungsplan! Es darf deshalb aus rechtlichen Gründen keine Regelungsdichte als Festsetzung aufgenommen werden, die einem Bebauungsplan entspricht. Die zulässige Dachneigung ergibt sich aus der Ortsgestaltungssatzung, die Festsetzung einer Wandhöhe ist nicht möglich.

- **Landratsamt Miesbach -Wasserrecht, Bodenschutzrecht-, 06.08.2021**

-

Hinweis Niederschlagswasserbeseitigung:

Grundsätzliche Überlegungen zur naturnahen Regenwasserbewirtschaftung sollten bereits im Rahmen der Bauleitplanung beginnen. Niederschlagswasser ist grundsätzlich vor Ort über die sog. belebte Oberbodenzone wie begrünte Fläche, Mulden oder Sickerbecken zu Versickern (§ 55 Abs. 2 WHG).

Um die Flächenversiegelung auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken, sind wasserdurchlässige Befestigungen (insbesondere Rasengittersteine, Rasenfugenpflaster) zu verwenden. Erst wenn alle Möglichkeiten einer Muldenversickerung ausgeschöpft wurden oder wenn dichte Böden eine Obeflächenversickerung unmöglich machen, ist im zu begründeten Ausnahmefall auch eine unterirdische Versickerung über Rigolen oder Sickerschächte oder eine Einleitung in ein oberirdisches Gewässer zulässig. Bei unterirdischer Versickerung ist durch geeignete Vorbehandlungsmaßnahmen bei Einleitung in ein oberirdisches Gewässer durch ausreichenden Rückhalteraum ein sicherer Schutz des Gewässers zu gewährleisten.

Für das Einleiten von Niederschlagswasser in das Grundwasser gilt entweder die Niederschlagswasserfreistellungsverordnung (NWFreiV) mit den dazugehörigen Technischen Regeln (TRENGW) oder es ist dafür eine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig (§ 46 Abs. 2 WHG). Das Einleiten von Niederschlagswasser in ein oberirdisches Gewässer kann im Rahmen des Gemeingebrauchs (§ 25 Abs. 1 Satz 3 Nr. 1 WHG, Art. 18 Abs. 1 Satz 3 BayWG) erlaubnisfrei sein, wenn die dazugehörigen Technischen Regeln (TREN OG) eingehalten werden. Andernfalls ist auch hier eine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig.

Der Bauherr oder ein beauftragter Planer muss dabei zunächst eigenverantwortlich prüfen, ob für sein Bauvorhaben die Voraussetzungen für die Anwendung der NWFreiV vorliegen. Unabhängig davon hat die Planung und Ausführung der Einleitungsanlagen in jedem Fall in Abstimmung mit dem Landratsamt Miesbach, Team 32.2 Wasserwirtschaft (Tel. 08025/704-3221/3222) zu erfolgen.

Abwägung Verwaltung:

Der Hinweis der Wasserrechtsbehörde wird an die Grundstückseigentümer weitergeleitet und ist im Rahmen der Erstellung der erforderlichen Entwässerungspläne zu beachten.

- **Landratsamt Miesbach -Untere Straßenverkehrsbehörde, 03.08.2021**

Grundsätzlich bestehen keine Einwände gegen die beabsichtigte Planung.

- **Staatliches Bauamt Rosenheim, 21.08.2021**

Anbauverbotszone:

Der betroffene an die St. 2010 angrenzende Bereich befindet sich im Abschnitt 100 bei Station 1,475 bis Abschnitt 100 bei Station 1,619.

Die Außenbereichssatzung der „Bergfeldstraße“ im Bereich der St. 2010 und Flurnummern fällt unter das Anbauverbot gem. Art. 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bayerisches Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG). Eine Ausnahme von dem Anbauverbot nach Art. 23 Abs. 2 BayStrWG kann nur bei gleichzeitiger Anordnung von Nebenbestimmungen zugelassen werden, da andernfalls die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs der Zulassung der Ausnahme entgegenstehen würden.

Erschließung:

Direkte Zufahrten und Zugänge zur St 2010 dürfen nicht angelegt werden. Dies gilt auch während der Bauzeit.

Sonstiges:

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich das Bauvorhaben im Einwirkungsbereich der Straßenemissionen befindet. Eventuell künftige Forderungen auf die Erstattung von Lärmsanierungsmaßnahmen durch den Straßenbaulastträger können daher gem. der Verkehrslärmschutzrichtlinien (VLärmSchR 97) durch den Eigentümer nicht geltend gemacht werden.

Abwägung Verwaltung:

Wie bereits durch die Immissionsschutzbehörde dargestellt, ist der Schallschutz eigenverantwortlich durch den Planer des Vorhabens sicher zu stellen. Da es sich nach wie vor um Außenbereich handelt, besteht kein Anspruch auf Schallschutz im Sinne eines Wohngebietes. Eine Genehmigung wäre trotz der Außenbereichssatzung zu verweigern, wenn das Vorhaben schädlichen Umwelteinwirkungen ausgesetzt ist (§ 35 Abs. 3 BauGB). Mit dem staatl. Bauamt konnte ergänzend geklärt werden, dass alle bestehenden Zufahrten von der Restriktion „keine Zufahrten, auch während der Bauphase“ nicht betroffen sind.

- **Zweckverband zur Abwasserbeseitigung im Schlierachtal (ZAS), 06.07.2021/30.09.2020**

Achtung! Der Ortskanal verläuft zum Teil nicht nahe der Grundstücksgrenze der Grundstücke! Die Grundstücke sind somit zum Teil (formalrechtlich) abwassertechnisch nicht erschlossen! Die ordnungsgemäße kanalmäßige Erschließung ist nachzuweisen.

Für die Beurteilung der ordnungsgemäßen kanalmäßigen Erschließung ist eine Erschließungsplanung vorzulegen. Die geplanten Grundstücksgrenzen, öffentliche und private Grundstücksflächen etc. sind in dieser Planung mit darzustellen. Besonders wird darauf hingewiesen, dass für die ordnungsgemäße kanalmäßige Erschließung die öffentliche Abwasseranlage bis in Höhe der Grundstücksgrenze des jeweiligen Grundstücks herangeführt werden muss. Auf die erforderliche dingliche Sicherung von Abwasseranlagen (privat und öffentlich) über Fremdgrundstücke etc. im Grundbuch wird besonders hingewiesen.

Für den im Grundstück befindlichen öffentlichen Kanal ist eine notarielle Regelung erforderlich!

Die Erschließung für die Beseitigung sämtlicher im Gebiet anfallender Oberflächenwässer ist nachzuweisen.

Die Erschließung erfolgt ausschließlich im Trennsystem! Sämtliche unverschmutzten Oberflächenwässer aus den neu geplanten Dach-, Hof- und Straßenflächen dürfen nicht in den öffentlichen Kanal (Schmutzwasser) eingeleitet werden. Die fachkundige Stelle ist zu hören.

Das Merkblatt DWA-M 162 „Bäume, unterirdische Leitungen und Kanäle“ ist zu beachten. Weitere Auflagen bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Abwägung Verwaltung:

Die Ausführungen betreffen bzgl. der nicht gesicherten Erschließung nicht die beiden Baulücken, um die es vorliegend geht. Die weiteren Hinweise des ZAS werden an die Grundstückseigentümer weitergeleitet und sind im Rahmen der Erstellung der erforderlichen Entwässerungspläne zu beachten.

- **Eigentümer der angrenzenden Grundstücke Fl.Nrn.: 152/7, 152/6 und 152/2; Gemarkung Parsberg;**

„Grundsätzlich begrüßen wir den Schritt zur Aufstellung dieser Satzung. Jedoch würden wir diese Gelegenheit gerne nutzen um Sie darum zu bitten auch das Grundstück mit der Fl.Nr.: 152/7; Gemarkung Parsberg, mit in den Geltungsbereich der Außenbereichssatzung mit aufzunehmen. Die Voraussetzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB, die Sie in Ihrem Begründungsschreiben genannt haben, treffen unserer Ansicht nach auch auf dieses Grundstück zu.

Bereits seit Jahrzehnten wird dieses Grundstück nicht mehr als landwirtschaftliche Fläche genutzt, sondern als versiegelte Lagerfläche für Baumaterialien bzw. als Abstell- und Ausstellungsfläche für Pkw und Nutzfahrzeuge. Aus diesem Grund kann man hier auf keinen Fall von „grundsätzlich freizuhaltenden reinen, unvorbelasteten Außenbereich“ sprechen.

Auch der momentanen gewerblichen Nutzung würde eine Außenbereichssatzung nicht entgegenstehen, da nach § 35 Abs. 6 Satz 2 BauGB, sich diese über die zu Wohnzwecken dienenden Vorhaben hinaus auch auf Vorhaben erstrecken kann, die kleineren Handwerkers- und Gewerbebetrieben dienen. Abgesehen davon könnte das Gewerbe auch mit Verweis auf den Bestandsschutz erhalten bleiben.

Nicht unerwähnt lassen wollen wir in diesem Schreiben auch, dass wir keinen spekulativen Ansatz verfolgen. Sollten wir bei gegebener Zeit eine Bebauung anstreben, dann nur aus dem Kreis der Familie.

Vorab bedanken wir uns für Ihre Bemühungen und freuen uns auf eine positive Rückmeldung.“

Abwägung Verwaltung:

Die Frage, ob man die vorhandene Parkplatzfläche bzw. gewerbliche Fläche mit in den Geltungsbereich der Außenbereichssatzung nehmen könnte und auch hier eine Bebauung begünstigen könnte, wurde bereits im Bau- und Umweltausschuss andiskutiert. Seitens der Verwaltung wurde die Auffassung vertreten, dies sei nicht möglich, da mit einer Außenbereichssatzung lediglich Lücken in einer bestehenden Bebauung gefüllt werden könnten, nicht aber eine Bebauung in den Außenbereich erweitert werden könnte. Dabei wurde dargestellt, dass in diesem Zusammenhang unter Bebauung etwas Dreidimensionales zu verstehen sei. Zum anderen sind die Voraussetzung der Rechtsprechung zur sog. „letzten Lücke“ am Rande einer Bebauung, die durch topografische Gegebenheiten dem bebauten Bereich zugewiesen wird, nicht gegeben. Aufgrund des Einwendungsschreibens wurde diese Frage nochmals anhand der Rechtsprechung und Literatur geprüft und auch mit dem Landratsamt besprochen. Letztlich führte dies aber zu keinem anderen Ergebnis. Eine Außenbereichssatzung ist kein Instrument, einen Siedlungssplitter in den Außenbereich zu erweitern. Der Geltungsbereich darf nicht über die vorhandene Bebauung hinausgreifen. In der Literatur wird sogar die Auffassung vertreten, dass bei der vorhandenen Bebauung, ausschließlich die Hauptgebäude zu berücksichtigen seien, keine Nebengebäude, keine Nebenanlagen und auch keine Stell- oder Lagerflächen! Voraussetzung für eine Außenbereichssatzung ist auch, dass sich bereits eine gewisse Entwicklung zum Wohnort abzeichnet. Der bebaute Bereich muss in diesem Sinne eine gewisse Zusammengehörigkeit und Geschlossenheit aufweisen. Diese auf das Wohnen gerichtete Kriterien lassen sich für den gewerblich genutzten Parkplatzbereich gerade nicht konstruieren.

- **Einwendungen eines Miesbacher Bürgers vom 11.08.2021**

Der Einwendungsführer teilt mit, dass er gegen den Erlass der Außenbereichssatzung rechtliche Bedenken wegen der Voraussetzungen und des Widerspruchs zum Landschaftsschutzgebiet hat. Diese hat er dem Landratsamt mitgeteilt und dieses um rechtliche Überprüfung gebeten. Er bittet um Fristverlängerung zur Einwendungserhebung bei der Stadt bis ihm eine Antwort des Landratsamtes vorliegt. Von Seiten der Verwaltung wurde ihm mitgeteilt, dass er seine Einwendungen nur gegenüber der verfahrensführenden Stadt rechtswirksam vorbringen kann und das Landratsamt im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowieso eine Stellungnahme abgeben wird. In seinem Sinne wird aber das Schreiben an das Landratsamt als fristgerechte Einwendung gegenüber der Stadt gewertet. Gründe für eine Fristverlängerung sind nicht ersichtlich. Der Schriftverkehr liegt der Beschlussvorlage als Anlage bei.

Abwägung Verwaltung:

Der Einwendungsführer ist nicht in eigenen Rechten betroffen!

Wie der Einwendungsführer richtig vorträgt, ist eine Voraussetzung für den Erlass einer Außenbereichssatzung, dass im fraglichen Bereich Wohnbebauung von einigem Gewicht vorhanden ist. Dadurch soll sichergestellt werden, dass der Bereich siedlungsstrukturell eine Entwicklung zu wohnsiedlungsartigem Charakter hat und nicht bereits ein Konglomerat an gewerblichen Nutzungen vorhanden ist. Nach der Rechtsprechung des VGH kann eine aus vier Wohngebäuden bestehende Siedlung bereits eine Wohnbebauung von einigem Gewicht darstellen, deren Entwicklung durch die von der Außenbereichssatzung begünstigte Lückenschließung abgeschlossen wird. Vorliegend sind fünf Wohngebäude vorhanden. Davon sind zwei Gebäude aneinanderggebaut, ohne die Kriterien eines Doppelhauses zu erfüllen.

Bei einem anderen Gebäude ist zwar zusätzlich eine gewerbliche Nutzung vorhanden, aber auch hier handelt es sich um ein Wohngebäude im relevanten Sinne und nicht um ein Betriebsleiterhaus, das der gewerblichen Nutzung zugerechnet werden müsste. Die Voraussetzung „Wohnbebauung von Gewicht“ ist jedenfalls gegeben, zumal es letztlich auch nicht entscheidungserheblich auf die Anzahl der Häuser ankommt, sondern auf die vorhandene Siedlungsstruktur, insbesondere darauf, dass es sich um einen bebauten Bereich im Außenbereich handelt, der eben noch nicht einen im Zusammenhang bebauten Ortsteil im Sinne des § 34 BauGB darstellt. Diese weit wichtigere Voraussetzung ist gegeben, da weder ein Bebauungszusammenhang mit Bergham, noch mit Parsberg besteht. Orts- und landschaftsplanerisch wäre ein derartiges Zusammenwachsen zu einem undefinierten „Siedlungsbrei“ nicht wünschenswert. Die Außenbereichssatzung ermöglicht genau in diesem Sinne lediglich die Lückenfüllung innerhalb des bestehenden Siedlungssplitters.

Das Vorhandensein einer Landschaftsschutzgebietsverordnung verhindert den Erlass einer Außenbereichssatzung nicht per se. Es wird durch eine derartige Satzung ja auch kein Baurecht im eigentlichen Sinne ausgewiesen, sondern es wird lediglich die Bebauung im Außenbereich von den Tatbestandsvoraussetzungen her erleichtert. Für die Zulässigkeit der Satzung kommt es darauf an, ob für die Vorhaben, die die Satzung begünstigt eine Befreiung vom Landschaftsschutzgebiet erteilt werden könnte – wohlgemerkt nicht für die Satzung, sondern für die aufgrund der Satzung möglichen Einzelbauvorhaben. Die hierfür zuständige Untere Naturschutzbehörde hat in ihrer Stellungnahme dies bestätigt, somit ist die für die Rechtmäßigkeit des Satzungserlasses erforderliche Befreiungslage gegeben. Gerade im Hinblick auf die größtmögliche Schonung des Außenbereichs und im Hinblick auf die Ziele des Natur- und Landschaftsschutzes erscheint es zielführend und geboten, vorhandene Potentiale zur Nachverdichtung innerhalb bereits bebauter Bereiche zu nutzen. Dass die Füllung zweier Bebauungslücken innerhalb eines Siedlungssplitters, die gar nicht mehr Bestandteil der freien Landschaft sind, zur teilweisen Funktionslosigkeit des Schutzgebiets führen könnten, ist nicht ersichtlich.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die von der Verwaltung vorgeschlagene Formulierung zur Abwägung und fasst für die Außenbereichssatzung „Bergfeldstraße“ in der Version vom 21.10.2021 den Satzungsbeschluss. Die Verwaltung wird beauftragt, die Satzung nach Ausfertigung bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

8. Nachpflanzung von Bäumen im Waitzinger Park; -weiteres Vorgehen

Bürger der Stadt Miesbach (Stefan Baumgartner, Walter Fraunhofer und Bertl Moser) haben eine Baumpflanzaktion für den Waitzinger Park geplant und hierfür bereits Spender gefunden. Die Auflistung über 5 in Frage kommende Spender, für 7 Bäume liegt der Stadt Miesbach vor, nach Aussage der Initiatoren, können noch weitere Spender hinzukommen.

Nach Absprache bei einem vor Orttermin, wurden 9 Standorte für die Nachpflanzungen ausgesucht. Anlagenreferent Michael Lechner begrüßt, dass es zu Nachpflanzungen kommt. Die Initiatoren haben über die Baumschule Sailer, welche bereits die Nachpflanzungen im Stadtbereich für die Stadt Miesbach durchgeführt hat, ein Angebot erstellen lassen. Das Angebot wurde Seitens der Stadt Miesbach geprüft.

Gespräche mit den beteiligten Behörden wurden geführt und ein Pflanzplan konnte erstellt werden.

Die Untere Naturschutzbehörde im Landratsamt Miesbach gab hierzu Ihre Stellungnahme ab und gibt Ihr Einverständnis zu den Ersatzpflanzungen. Die Standorte der Ersatzpflanzungen sind so gewählt, dass dabei im Auge behalten wird, dass die geschützte Lindenallee nach Aufhebung der Quarantänezeit durch Nachpflanzung von weiteren Linden eine noch geschlossenere Gestalt bekommt, d.h. dass jetzt keine Ersatzpflanzungen von schnellwachsenden Tulpen- und Amberbäumen genau in den Achsen der Lindenallee erfolgen kann.

Die Landesanstalt für Landwirtschaft (LfL) hat ebenfalls keine Bedenken zu den Ersatzpflanzungen bzw. den ausgesuchten Baumarten geäußert. Die Pflanzungen sind im Rahmen dessen was in der Quarantänezeit erlaubt und nach ALB-Richtlinien unbedenklich ist.

Es sollten die Pflanzungen zeitnah für den Herbst in Auftrag gegeben werden. Für die Abwicklung mit den Spendern und der Koordination mit der Baumschule Sailer, muss der Auftrag über die Stadt Miesbach laufen.

Somit kann die Stadt Miesbach die hier in Vorleistung geht, im Nachgang die Spender anschreiben und die Spenden zweckgebunden einholen.

Stadtrat Seemüller bedankt sich bei den drei Bürgern für Ihr Engagement. Das Thema zur Nachpflanzung sei bereits zweimal im Stadtrat angesprochen worden. Der Bauhof ist Ansprechpartner und involviert doch leider ist nichts passiert. Er freut sich aber, dass es jetzt los geht. Sollten für die letzten zwei Bäume keine Spender gefunden werden, stehe es der Stadt gut, diese zu übernehmen. Der letzte Halbsatz aus dem Beschlussvorschlag, soll gestrichen werden, damit die Bepflanzungen möglichst schnell begonnen werden.

Stadtrat Pohl begrüßt die Initiative und würde den Baum nördlich in das Wegedreieck pflanzen, so wie es bei alten Bauernwegen ist. Der Bauhofleiter erklärte, dass mit der Unteren Naturschutzbehörde extra Pläne abgestimmt wurden und der besagte Baum aufgrund der Stellungnahme, durch Frau Lewald-Prudi nach hinten geschoben wurde.

Stadtratsmitglied Jooß verstand nicht, warum jetzt Linden gepflanzt werden, wo doch diese Nachpflanzung, aufgrund des ALB verboten sind. Hierzu nannte der Bauhofleiter die Pflanzengattungen, die zur Nachpflanzung im Waitzinger Park ausgesucht wurden. Diese sind Amberbaum, Deutsche Eiche und Tulpenbäume, Linden dürfen erst nach Ablauf der Quarantänezeit wieder gepflanzt werden.

Stadtratsmitglied Lechner möchte Vorwärtskommen, ansonsten wird es schwierig im Herbst mit Pflanzungen. Seiner Meinung nach, hätte der Punkt nicht in den Stadtrat gehört. Durch zu viele Planungen kommt es wieder zu Verzögerungen.

Der Waitzinger Park ist eine sensible Stelle und ist dem 1. Bürgermeister persönlich wichtig. Absprachen und eine Vorplanung mit Einbeziehung der Fachbehörden, waren durchaus sinnvoll, betonte der 1. Bürgermeister Dr. Braunmiller.

Stadtratsmitglied Baumgartner äußert sich zum nördlichen Baum, der seiner Meinung nach so richtig platziert ist. So wird die Sichtachse zur Trachtenhütte nicht gestört.

Weil noch zwei Spender fehlen, möchte Stadtrat Perkmann gerne einen Baum für ca. 500,00 € spenden.

Der 1. Bürgermeister streicht den letzten Halbsatz vom Beschlussvorschlag „in Abhängigkeit über die Zusagen der Spenden“ und stellt anschließend nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss:

Der 1. Bürgermeister wird ermächtigt, die ausgewählte Firma (Sailer Baumschulen) mit der Nachbepflanzung im Waitzinger Park zu beauftragen. Dabei handelt es sich um 9 Bäume die an den ausgewählten Standpunkten im Plan vermerkt sind. Die Kosten betragen ca. 4.700,00 € brutto mit fachgerechter Pflanzung.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

9. Veröffentlichung von nichtöffentlichen Beschlüssen des Stadtrates

28.07.2016 Nichtausübung des Wiederkaufsrechts zugunsten der Stadt Miesbach und Zustimmung zum Hausverkauf, Fl.Nr.: 1162/3; Gemarkung Parsberg

Der Stadtrat beschließt, das Wiederkaufsrecht nicht auszuüben.

15.09.2016 Verkauf eines Grundstücks im Gewerbegebiet Miesbach-Nord an die Bayerische Hof Apfelböck/EPP GbR, Fl.Nr. 706/25; Gemarkung Miesbach; Oskar-von-Miller-Straße (Tennisplätze/Parkplatz) Vertragsmodalitäten; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zum Vertragsabschluss

Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin auf Basis der dargestellten Eckpunkte einen entsprechenden Kaufvertrag zu beurkunden.

15.09.2016 Verkauf des Spielplatzgrundstücks in Wachlehen; Ermächtigung der Ersten Bürgermeisterin zum Verkauf nach Ablauf der Vergabefrist

Die Erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, das Grundstück ohne weiteren Stadtratsbeschluss gegen Höchstgebot entsprechend der Reihenfolge der Bewerber zu veräußern und eine notarielle Vereinbarung zu unterzeichnen. Aufgrund der erheblichen Schwierigkeiten beim Verkauf des Grundstücks, beschließt der Stadtrat für beide Teilflächen das Wiederkaufsrecht der Stadt auf das unbebaute Grundstück zu beschränken; zudem wird ermöglicht, in Abstimmung mit dem Käufer der anderen Grundstücksteilfläche und der Verwaltung vom genehmigten Vorbescheid abzuweichen.

15.09.2016 Beschaffung eines Kommunalschleppers (Traktor) als Ersatzfahrzeug für einen Unimog; Auftragsvergabe

Der Stadtrat beschließt die Beschaffung des Kommunalschleppers (Traktor, Marke: Valtra N174D) mit werkseitiger Rückfahreinrichtung für den städtischen Bauhof, der von Firma Bohn, Rottach-Egern, angeboten wurde.

15.09.2016 Beschaffung eines Kommunalschleppers (Traktor) als Ersatzfahrzeug für einen Unimog; Finanzierung durch Leasing; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zum Abschluss eines Leasingvertrages

Der Stadtrat stimmt der Beschaffung des neuen Kommunalschleppers (Traktor) durch Leasing zu. Die Verwaltung wird beauftragt Leasingangebote von den oben genannten Anbietern anzufordern. Die erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem günstigsten Anbieter einen Leasingvertrag zu schließen.

15.09.2016 Ersatzbeschaffung (Austausch) eines LKW-Dreiseitenkippers mit Winterdienstausrüstung und Ladekran; Auftragsvergabe

Der Stadtrat beschließt die Beschaffung des Dreiachs-LKW-Dreiseitenkippers mit Winterdienstausrüstung (Los 1) der von der Firma MAN, Rosenheim, angeboten wurde, sowie den Ladekran (Los 2) der von der Firma Kaffl, Rosenheim, angeboten wurde.

15.09.2016 Ersatzbeschaffung (Austausch) eines LKW-Dreiseitenkippers mit Winterdienstausrüstung und Ladekran; Finanzierung durch Leasing; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zum Abschluss eines Leasingvertrages

Der Stadtrat stimmt der Beschaffung des neuen Dreiachs-LKW-Dreiseitenkippers mit Winterdienstausrüstung und Ladekran durch Leasing zu. Die Verwaltung wird beauftragt Leasingangebote von den oben genannten Anbietern anzufordern. Die erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, mit dem günstigsten Anbieter einen Leasingvertrag zu schließen.

13.10.2016 Sicherung von Flächen für den Hochwasserschutz in Kleinthal; Vertragliche Situation mit dem Zuchtverband für oberbayerisches Alpenfleckvieh; Wertermittlung; weiteres Vorgehen

Der Stadtrat beauftragt die Erste Bürgermeisterin, die Vertragskonstruktion von Herrn Dr. Detig unter Berücksichtigung der Überlegungen bzgl. des Rückkaufsrechts des Zuchtverbands aus der Diskussion ausarbeiten zu lassen und mit dem Zuchtverband zu verhandeln.

13.10.2016 Löschungsbewilligung für Auflassungsvormerkung (Wiederkaufsrecht) und Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle zugunsten der Stadt Miesbach samt jew. Rangvorbehalt für Grundpfandrechte, Fl.Nr. 178/29, Gemarkung Wies

Beschluss 1: Stadtratsmitglied Lechner ist als Onkel der zukünftigen Eigentümerin von der Beratung und Abstimmung i.S.d. Art. 49 Abs.1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) ausgeschlossen.

Beschluss 2: Der Stadtrat stimmt einer Löschung der Auflassungsvormerkung für das Wiederkaufsrecht aus dem Grundbuch des Grundstücks Fl.Nr. 178/29, Gemarkung Wies, zu. Das Vorkaufsrecht für alle Verkaufsfälle für die Stadt Miesbach soll weiterhin im Grundbuch bestehen bleiben, einer entsprechenden Löschung wird nicht zugestimmt.

- 10.11.2016** Ehem. Gemeindehaus Wies; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin zur Auftragsvergabe
- Der Stadtrat ermächtigt die 1. Bürgermeisterin, die Aufträge, aus der laufenden Ausschreibung, an die wirtschaftliche günstigsten Anbieter zu vergeben.
- 10.11.2016** Sicherung von Flächen für den Hochwasserschutz in Kleinthal; Vertragliche Situation mit dem Zuchtverband für oberbayerisches Alpenfleckvieh; weiteres Vorgehen
- Die Erste Bürgermeisterin wird beauftragt und ermächtigt, gem. vorgenannter Eckpunkte die Verhandlungen fortzuführen und alle zweckmäßigen und erforderlichen Erklärungen abzugeben oder Maßnahmen vorzunehmen, insbesondere auch notariell zu beurkunden. Für den Fall, dass keine notariell beurkundete Einigung mit dem Zuchtverband bis spätestens 20.12.2016 erzielt wird, ist Sie ermächtigt, das bestehende Kaufangebot form- und fristgerecht anzunehmen. Die Erklärungen und Handlungen werden vorsorglich gem. § 331 Abs. 3 Strafgesetzbuch genehmigt.
- 10.11.2016** Sanierung des Warmbades Miesbach; Auswertung der 3 Angebote für eine Machbarkeitsstudie; weiters Vorgehen
- Der Stadtrat beschließt eine Machbarkeitsstudie von den Ingenieurbüros L & P GmbH und Krautloher Architekten erstellen zu lassen. Die Mittel sind im Haushalt 2017 einzustellen. Zusätzlich werden die ausgewählten Ingenieurbüros beauftragt, ein detailliertes Angebot für die gesamten Ingenieurleistungen (Honorarzonen) abzugeben, die bei einer eventuellen Auftragsvergabe bei den vorgegebenen Gesamtkosten i.H.v. 2.500.000,00 € brutto, anfallen würden.
- 10.11.2016** Honorarangebot des Ingenieurbüros Trummer bzgl. der Straßenbaumaßnahmen im Zuge der Erneuerung der Johannisbrücke; Ermächtigung der Ersten Bürgermeisterin zum Abschluss einen Ingenieurvertrages
- Der Stadtrat ermächtigt die Erste Bürgermeisterin zum Abschluss eines Vertrages über die zu erbringenden Ingenieurleistungen auf Basis des Angebots des Ing.-Büros Trummer vom 24.10.2016.
- 10.11.2016** Beschaffung eines Zweikammer-Dreipunktstreuers für den Traktor; Auftragsvergabe
- Der Stadt beschließt die Beschaffung eines Zweikammer-Dreipunktstreuers der Marke Kugelman, den die Fa. Ostermeier angeboten hat.
- 10.11.2016** Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter
- Der Stadtrat genehmigt die Entgegennahme der Geld- und Sachspenden gem. der Zuwendungsliste Nr. 01/2016 mit einem Gesamtbetrag i.H.v. 10.877,21 €.

- 10.11.2016 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung; Kommunales Vorkaufsrecht gem. §§ 24 ff BauGB / Fl.Nr. 1038/54 Gemarkung Wies
- Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 6 BauGB nicht ausgeübt wird.
- 10.11.2016 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung; Kommunales Vorkaufsrecht gem. §§ 24 ff BauGB / Fl.Nr. 307; Gemarkung Miesbach
- Beschluss 1:* Stadtratsmitglied Pohl ist als Käufer des Objekts direkt vom späteren Beschluss betroffen und demnach von der Beratung und Abstimmung i.S.d. Art. 49 Abs.1 Satz 1 Gemeindeordnung (GO) ausgeschlossen.
- Beschluss 2:* Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs.1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.
- 15.11.2016 Optionserklärung zu § 2b UStG; weiteres Vorgehen
- Der Stadtrat nimmt den Sachvortrag zur Kenntnis. Die Stadt Miesbach macht von ihrem Wahlrecht nach § 27 Abs. 22 UStG Gebrauch. Die erste Bürgermeisterin wird beauftragt, gegenüber dem zuständigen Finanzamt zu erklären, dass für sämtliche nach dem 31.12.2016 und vor dem 01.01.2021 ausgeführten Leistungen der Stadt Miesbach die umsatzsteuerliche Sachbehandlung weiterhin nach den Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung erfolgen soll.
- 15.11.2016 Umwandlung der bestehenden SWAP"s in Festsatzkredite; Angebot der BayernLB
- Der Stadtrat stimmt der vorgeschlagenen Wandlung zu. Die erste Bürgermeisterin wird ermächtigt, die neuen Kreditverträge abzuschließen.
- 15.12.2016 Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter
- Der Stadtrat beschließt die Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter, unter dem Tagesordnungspunkt 2.1 nichtöffentlich, zu behandeln.
- 15.12.2016 Genehmigung der Annahme von Spenden und Zuwendungen Dritter
- Der Stadtrat genehmigt die Entgegennahme der Geld- und Sachspenden gemäß der Zuwendungsliste Nr. 02/2016 mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 1.932,90 €.
- 15.12.2016 Sicherung von Flächen für den Hochwasserschutz in Kleinalpe; Vertragliche Situation mit dem Zuchtverband für oberbayerisches Alpenfleckvieh; weiteres Vorgehen
- Beschluss 1:* Die Verwaltung wird beauftragt, die bisherigen Planungskosten für den Hochwasserschutz in Kleinalpe zusammen zu stellen.

Beschluss 2: Die Erste Bürgermeisterin wird beauftragt und ermächtigt, gem. vorgenannter Eckpunkte unter II. einen Kaufvertrag zu schließen bzw. die Verhandlungen fortzuführen und alle zweckmäßigen und erforderlichen Erklärungen im Hinblick auf die Sicherung der Flächen für den Hochwasserschutz abzugeben oder Maßnahmen vorzunehmen, insbesondere auch notariell zu beurkunden. Dabei soll versucht werden, eine möglichst weitreichende Flexibilisierung der zu erwerbenden Flächen zu erreichen. Für den Fall, dass keine notariell beurkundete Einigung mit dem Zuchtverband bis spätestens 31.12.2016 erzielt wird, ist sie ermächtigt, das bestehende Kaufangebot form- und fristgerecht anzunehmen. Die Erklärungen und Handlungen werden vorsorglich gem. § 332 Abs. 3 Strafgesetzbuch genehmigt. Eine Annahme des Angebots wird mit Abschluss eines neuen Kaufvertrages nicht mehr erfolgen.

15.12.2016 Anfrage zum Erwerb einer Grundstücksteilfläche (Grünstreifen) Fl.Nr.: 706/6 und 706/39 Teilfläche: Gemarkung Miesbach; Am Windfeld

Der Stadtrat stellt den Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt zurück. Im Falle einer weiteren Kaufabsicht beschließt der Stadtrat, dass im Zuge der Umlegung von Fußweg, Gehweg und der Sparten, keine Kosten für die Stadt entstehen dürfen. Sollte die Grundstücksteilfläche zukünftig zur Anlegung von Stellflächen genutzt werden, kann sich der Stadtrat auch ein Pachtverhältnis vorstellen.

15.12.2016 Städtebauliche Beratung durch Städteplaner Otto Kurz 2017 und 2018; Antragstellung bei der Regierung von Oberbayern

Der Stadtrat stimmt der Empfehlung der Verwaltung zu. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Zuschussantrag für die städtebauliche Beratung für die Jahr 2017 und 2018, mit Gesamtkosten i.H.v. 20.000,00 €, bei der Regierung von Oberbayern zu stellen.

15.12.2016 Zentrale Vergabestelle im Markt Holzkirchen; weiteres Vorgehen

Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt mit der Marktgemeinde Holzkirchen die Konditionen auszuhandeln.

15.12.2016 Anmietung von Gewerbeflächen als Ersatz für das Depot Museum im 2. OG des ehem. Krankenhauses in der Bergwerkstraße 2

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob das Museumsgut aus dem 2. OG des alten Krankenhauses entweder in Container eingelagert werden könnte oder im Keller des ehem. Klosters in der Münchner Straße. Weil eine Entscheidung über das Mint-Projekt erst im Frühjahr 2017 zu erwarten ist, soll beim Eigentümer der Bergwerkstraße 2 nachgefragt werden, ob er seine Räume noch vier oder sechs Monate für die Stadt Miesbach freihalten könnte.

15.12.2016 Vertragliche Grundstücksangelegenheiten der Stadt Miesbach; Entscheidung über die Ausübung, Löschung etc.

Abgabe einer Rangrücktrittserklärung zur Eintragung einer Grundschuldbestellung mit Zwangsvollstreckungsunterwerfung im Grundbuch Fl.Nr. 706/64, Gemarkung Miesbach, Am Windfeld 39

Der Stadtrat stimmt dem Rangrücktritt zu.

19.01.2017 Kooperation der Stadt Miesbach mit der Gemeinschaftswerbung Miesbach (GWM); Abschluss eines neuen Vertrages

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Vertragsentwurf mit geändertem Wortlaut in § 3 und § 4 Abs.1 zu. Der Vertrag beginnt am 01.01.2017 und endet am 31.12.2018, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

19.01.2017 Stadlbergquellen; weiteres Vorgehen

Der Stadtrat nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

19.01.2017 Honorarvereinbarung mit dem Architekturbüro Staudinger bzgl. der Architektenleistungen für den Umbau des Wieser Gemeindehauses; Ermächtigung der Ersten Bürgermeisterin

Der Stadtrat beschließt die Architektenleistungen an das Architekturbüro Staudinger zu vergeben. Ebenso werden die Aufträge an die o.g. Firmen, welche die wirtschaftlichsten Projektantenleistungen anbieten, erteilt. Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, diese Verträge zu unterzeichnen. Ebenso wird die erste Bürgermeisterin ermächtigt, die Aufträge an die wirtschaftlichsten Bieter für die Technische Gebäudeausrüstung (Heizung – Sanitär, kontrollierte Wohnraumlüftung, Kanal und Elektroanlagen) zu vergeben.

23.02.2017 Umbau und Sanierung des ehemaligen Gemeindehaus Wies; Auftragsvergaben Zimmererarbeiten; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin für die Vergabe aller weiteren Aufträge

Der Stadtrat beschließt die Auftragsvergaben für die Zimmererarbeiten und erteilt der 1. Bürgermeisterin die Ermächtigung, für die Vergabe aller weiteren Aufträge an den wirtschaftlich günstigsten Anbieter unter dem TOP 3.1 „Unvorhergesehenes“ nichtöffentlich, zu behandeln.

23.02.2017 Leistungserhöhung Stromabnahmestelle Marktplatz 1, sowie Stromanschluss einer Zähleranschlusssäule, Fraunhoferstraße 4

Der Stadtrat beschließt die Leistungserhöhung Stromabnahmestelle Marktplatz 1, sowie Stromanschluss einer Zähleranschlusssäule, Fraunhoferstraße 4, unter dem Tagesordnungspunkt 3.2 „Unvorhergesehenes“ nichtöffentlich zu behandeln.

23.02.2017 Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
Umbau und Sanierung des ehemaligen Gemeindehaus Wies; Auftragsvergaben Zimmererarbeiten; Ermächtigung der 1. Bürgermeisterin für die Vergabe aller weiteren Aufträge

Die 1. Bürgermeisterin wird ermächtigt, den Auftrag für die Zimmererarbeiten, an den wirtschaftlich günstigsten Bieter zu vergeben. Des Weiteren wird die 1. Bürgermeisterin ermächtigt, alle weiteren Aufträge, die im Zusammenhang mit dem Umbau des ehem. Gemeindehaus Wies stehen, an die wirtschaftlich günstigsten Bieter zu vergeben.

23.02.2017 Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge
Leistungserhöhung Stromabnahmestelle Marktplatz 1, sowie Stromanschluss einer
Zähleranschlussssäule, Fraunhoferstraße 4

Beschluss 1: Der Stadtrat beschließt vorbehaltlich einer Mittelbereitstellung im Haushalt 2017, die Leistungserhöhung an der Stromabnahmestelle Marktplatz 1, von derzeit 50 kW auf 100 kW, laut des vorgelegten Angebots vom 15.02.2017 von Bayernwerk, zu beauftragen. Ebenfalls werden vorbehaltlich einer Mittelbereitstellung im Haushalt 2017, die vier Stromverteilschränke, welche die Fa. Elektro Busch anbietet, und den Stromanschluss einer Zähleranschlussssäule bei Fraunhoferstr. 4, den die Fa. Koller anbietet, beschlossen. Im Haushalt sind entsprechend 34.000 € einzuplanen. Die Auftragserteilung erfolgt in jedem Fall nach Verabschiedung des Haushalts 2017.

Beschluss 2: Sollten in Zukunft weitere Stromverteilerschränke benötigt werden, wird die Beschaffung unter den 3 Bürgermeistern abgesprochen. Ein Stadtratsbeschluss ist dann nicht mehr nötig.

23.02.2017 Antrag von Stadtratsmitglied Baumgartner zur Wiedererrichtung der
Fußgängerbrücke über die Schlierach in der Haidmühl; Information, weiteres
Vorgehen

Die Stadt Miesbach erwirbt die gemietete Fußgängerbrücke. Nach Vollendung des Brückenbaus wird diese Brücke an die Stelle der ehemaligen Fußgängerbrücke in der Haidmühl versetzt. Dies lehnte der Stadtrat ab.

23.02.2017 Vereinbarung zur abwassertechnischen Erschließung eines Grundstücks Nähe
Anton-Gillhuber-Straße, samt Veräußerung eines städtischen Wegegrundstücks
Fl.Nrn.: 204/1 und 204/37 Gemarkung Wies; Nähe Anton-Gillhuber-Straße

Der Stadtrat stimmt der angedachten Vorgehensweise zu. Die Erste Bürgermeistern wird in diesem Rahmen zu folgenden weiteren Verfahrensschritten ermächtigt:

- Vergabe an Fachfirma zur Verlängerung des bestehenden Schmutzwasserkanals auf Höhe des späteren Baugrundstücks, auf Grundlage der Planung des Ing. Büros Dippold+Gerold.
Voraussetzung: Der Eigentümer des Grundstücks Fl.Nr.: 204/1; Gem. Wies, verpflichtet sich, 1/3 an den anfallen Kosten des öffentlichen Kanals zu tragen.
- In diesem Zuge das städtische Wegegrundstück (Fl.Nr: 204/37, Gem. Wies) zum Preis von mind. 200,00 € / m² zu veräußern und den Kaufvertrag notariell zu beurkunden.
- Sämtliche mit der Übereignung verbunden Punkte in eigener Zuständigkeit zu regeln.
- Alle erforderlichen Erklärungen für die Stadt gegenüber dem Notar vorzunehmen.
-

23.02.2017 Abschluss eines neuen Konzessionsvertrages „Strom“

Beschluss 1: Der Stadtrat beschließt, die 1. Bürgermeisterin zu ermächtigen, den vorgelegten Konzessionsvertrag „Strom“ nach Vorlagen von Bayernwerk, zu unterzeichnen.

Beschluss 2: Der Stadtrat beschließt, die Konzessionsabgabenregelung zugunsten von privilegierten Landwirten beizubehalten. Die lehnte der Stadtrat ab.

23.02.2017 Neuverpachtung der Warmbad-Gaststätte ab dem 01.05.2017

Der Stadtrat erklärt sich damit einverstanden, dass Herr Mair in der Badesaison 2017 die Warmbad-Gaststätte führt. Die Umsatzpacht beträgt dabei 10% des erzielten Nettoumsatzes. Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Pachtvertrag für die nächste Sitzung auszuarbeiten.

23.02.2017 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach, Entscheidung über die Ausübung; Vollzug des Baugesetzbuches / Kommunales Vorkaufsrecht nach §§ 24 ff BauGB / Fl.Nr. 159/1, Gemarkung Miesbach

Der Stadtrat beschließt, dass das bestehende Vorkaufsrecht nach § 24 Abs. 1 Nr. 3 BauGB nicht ausgeübt wird.

23.02.2017 Gesetzliche (kommunale) Vorkaufsrechte der Stadt Miesbach, Entscheidung über die Ausübung / Vollzug der Naturschutzgesetze; Vorkaufsrecht nach Art. 39 BayNatSchG / Fl.Nr. 1042/8, Gemarkung Wies

Der Stadtrat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und stellt fest, dass eine Ausübung des Vorkaufsrechts nach Art. 39 BayNatSchG nicht verfolgt wird. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Mitteilung gegenüber dem Landratsamt Miesbach abzugeben.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 19 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10. Unvorhergesehenes, Wünsche und Anträge

10.1. Unvorhergesehenes - Denkmalschutzmedaille

Stadtratsmitglied Jooß bedankt sich bei Herrn Breitwieser für die Hilfe bezüglich ihrer Vorschläge für die Denkmalschutzmedaille.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.2. Unvorhergesehenes - Beleuchtung

Stadtratsmitglied Jooß gibt an, dass an der Ecke Frühlingstraße/Ledererstraße die Beleuchtung sehr schwach sei und fragt nach, ob man diese etwas heller machen könnte. Herr Brückner sichert zu, sich dies vor Ort anzuschauen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.3. Unvorhergesehenes - Pilotprojekt Zone 30

Stadtratsmitglied Seemüller merkt an, dass der Stadtrat in Wolfratshausen beschlossen hat, am geplanten Pilotprojekt „Tempo 30“ teilzunehmen, obwohl heute unter dem Tagesordnungspunkt Bekanntgabe mitgeteilt wurde, dass es laut Städtetag kein Pilotprojekt für kleinere Kommunen gäbe. In der letzten Stadtratssitzung in Miesbach wurde dies abgelehnt, mit der Begründung, dass Miesbach keine Großstadt sei und deswegen an dem geplanten Pilotprojekt nicht teilnehmen könne.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.4. Unvorhergesehenes - Bürgerliches Engagement

Stadtratsmitglied Seemüller kritisiert den generellen Umgang mit bürgerlichem Engagement. Es entsteht der Eindruck, wie z. B. bei den Nachpflanzungen von Bäumen oder dem Museum, dass dieses Engagement gebremst wird.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.5. Unvorhergesehenes - Gotzinger Trommel

Nachdem Stadtratsmitglied Seemüller feststellt, dass bezüglich dem Thema Heimatmuseum keine Entscheidung getroffen wird, ist eine Diskussion über die Exponate entbrannt. Auch eine Rückforderung der „Gotzinger Trommel“ stehe im Raum. Man müsse jetzt bei diesem Thema zum Punkt kommen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.6. Unvorhergesehenes - Skaterpark

Auf dem Grund der Gemeinde Hausham wurde mit deren Verwaltung und dem Landratsamt Miesbach ein Platz für einen Skaterpark gefunden. Stadtratsmitglied Seemüller gibt an, dass er auch als Bürger der Stadt Miesbach selbst engagiert sei, um etwas zu bewegen. Man müsse ein Klima schaffen, dass das bürgerliche Engagement fördert und nicht bremst.

Daraufhin antwortet der 1. Bürgermeister Dr. Gerhard Braunmiller, dass ihm nichts ferner läge, als bürgerliches Engagement zu bremsen. Jedoch nehmen manche Dinge, wie z. B. eine Bürgerbeteiligung, die ihm sehr wichtig sei, einige Zeit in Anspruch und betont nochmals, dass weder die Verwaltung noch er in irgendeiner Weise etwas bremsen will.

Wenn Angelegenheiten jedoch in den Zuständigkeitsbereich des 1. Bürgermeisters fallen, wie z. B. Grundstücke, dann müssen die Themen vom bürgerlichen Engagement an die Verwaltung/Bürgermeister zurückgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.7. Unvorhergesehenes - Baumbestattungen

Stadtratsmitglied Lechner gibt bekannt, dass nun schon seit längerer Zeit am Friedhof der Stadt Miesbach Baumbestattungen möglich sind, und dass er, zusammen mit Frau Brunner von der Stadtverwaltung/Friedhofsverwaltung, nun fachgerecht neue Schilder direkt an dem dafür vorgesehenen Baum anbringen ließ. Dies sei sehr gut gelungen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

10.8. Unvorhergesehenes - Wasserversorgung Müller am Baum

Stadtratsmitglied Fertl erklärt, er habe von Problemen bei der privat betriebenen Wasserversorgung in Müller am Baum gehört, es gäbe Probleme mit der Hygiene, wohl gab es auch eine Abkochverfügung. Er fragt an, ob dies bei der Stadt bekannt ist und wie man mit der Angelegenheit umzugehen gedenke. Der Bauamtsleiter bestätigt, dass es Probleme gäbe und der private Wasserversorger die Versorgung einstellen möchte. Gegenwärtig laufen gerichtliche Auseinandersetzungen zwischen dem Versorger und den Wasserbeziehern, es besteht eine einstweilige Verfügung, wonach der Versorger zunächst die Wasserversorgung nicht einstellen muss.

Für die Verwaltung ist klar, dass die Stadt früher oder später die Wasserversorgung übernehmen muss, die erforderlichen rechtlichen und technischen Vorbereitungen werden getroffen.

Abstimmungsergebnis: 0 / 0

Hinweis: ohne: Mayer, Schmid, Andreas Lechner, Ruml, Hupfauer, Fuchs

Ende der Sitzung

gez. Dr. Gerhard Braunmiller
1. Bürgermeister

